

Grundsteuer: Land rät Odenwald-Kommunen, Hebesätze zu senken



© dpa

Mit der Grundsteuerreform 2025 würden die Kommunen im Kreis wohl mehr einnehmen als jetzt. Passen sie ihre geltenden Hebesätze nun so an, wie das Land es empfiehlt?

Brombachtal: Gültiger Hebesatz: 1050 Prozent, empfohlener Hebesatz für 2025: 635,66 Prozent, empfohlene Anpassung: -414,34. Brensbach: Gültiger Hebesatz: 810, empfohlener Hebesatz: 536,68, empfohlene Anpassung: -273,32. Michelstadt: Gültiger Hebesatz: 400, Hebesatzempfehlung: 316,75, empfohlene Anpassung: -83,25. Erbach: Gültiger Hebesatz: 530, Hebesatzempfehlung: 446,24, empfohlene Anpassung: -83,76. Oberzent: Gültiger Hebesatz: 550, Hebesatzempfehlung: 308,74, empfohlene Anpassung: -241,26. Mossautal: Gültiger Hebesatz: 600, Hebesatzempfehlung: 324,52, empfohlene Anpassung: -275,48. Fränkisch-Crumbach: Gültiger Hebesatz: 700, Hebesatzempfehlung: 502,95, empfohlene Anpassung: -197,05. Reichelsheim: Gültiger Hebesatz: 670, Hebesatzempfehlung: 456,44, empfohlene Anpassung: -213,56. Bad König: Gültiger Hebesatz: 730, Hebesatzempfehlung: 593,15, empfohlene Anpassung: -136,85. Breuberg: Gültiger Hebesatz: 850, Hebesatzempfehlung: 598,13, empfohlene Anpassung: -251,87. Lützelbach: Gültiger Hebesatz: 850, Hebesatzempfehlung: 535,98,

empfohlene Anpassung: -314,02. Höchst: Gültiger Hebesatz: 520, Hebesatzempfehlung: 407,60, empfohlene Anpassung: -112,40. Alle Zahlen wurden von der Oberfinanzdirektion Frankfurt am Main übermittelt.

Odenwaldkreis. Die Grundsteuer ist eine trockene Materie, aber für Bürger wie auch Städte und Gemeinden besonders wichtig: Denn Kommunen erkennen darin die einzige Einnahmequelle, mit der sie ihre klammen Haushalte unmittelbar abpuffern können, während die Einwohner selbst sich mit deutlich gestiegenen Ausgaben konfrontiert sehen. Ein kompliziertes Feld also – und nun meldet sich dazu erneut das Land Hessen zu Wort: Noch einmal rät es allen Odenwaldkreis-Kommunen dazu, ihre Hebesätze für die [Grundsteuer](#) A und B zu senken.

So reagieren Odenwälder Bürgermeister

[Zu den Spitzenreitern bei der Grundsteuer B in ganz Hessen zählt Brombachtal](#), das einen aktuellen Hebesatz von 1050 Prozent geltend macht. Dieser Gemeinde wird aber auch die deutlichste Senkung dieses Satzes empfohlen, nämlich um -414,34 auf dann noch 635,66 Prozent. [Rathauschef Andreas Koch \(CDU\)](#) reagiert skeptisch. Er bestätigt zwar, dass sich mit der Neubewertung der Anwesen durch die Grundsteuerreform für die Bürger auch neue Abgabenhöhen ergeben haben. Zu bedenken sei aber, dass das Land lediglich die Messbeträge angeschaut habe. „Die Stabilität des dort errechneten Betrags sehe ich noch nicht. Daher halte ich eine pauschale Übernahme der empfohlenen Werte für gewagt“, erklärt er. Wenn allerdings sicher davon ausgegangen werden könnte, dass die Einnahmesituation der Gemeinde [Brombachtal](#) wirklich gleichbleibt und sich auch in der Folgezeit auf dem aktuellen Niveau bewegt, „würden wir den Empfehlungen gern folgen“. Zunächst wolle er jedoch die Haushaltsberatungen für das Jahr 2025 abwarten. Wenn der Etat aufgestellt sei, ließen sich valide Aussagen treffen.

Die Haushaltsberatungen abwarten möchte auch Kochs parteiloser Kollege **Dietmar Bareis** in [Mossautal](#). Den Fraktionen lägen die Hebesatz-Empfehlungen bereits vor, nach den Gesprächen lasse sich dazu mehr sagen.

[Christian Kehrer](#) (parteilos/[Oberzent](#)) weist darauf hin, „dass wir die Grundsteuer-Einnahmen auf dem Niveau des Jahres 2024 brauchen, um finanziell über die Runden zu kommen“. Da allerdings in Oberzent viele Bürger nach der Steuerreform mehr bezahlen müssen, würde die Stadt nach den geltenden Hebesätzen fast das Doppelte einnehmen, sagt er. „Wenn wir davon ausgehen, dass das Ministerium richtig gerechnet hat, können wir den Hebesatz nicht bei 550 belassen.“ Ziel sei daher, den Empfehlungen des Landes zu folgen.

Ganz ähnlich äußert sich [Dr. Peter Traub](#) (parteilos/[Erbach](#)): „Selbstverständlich werden wir runtergehen. Denn nach der neuen Berechnungsgrundlage muss der eine Bürger mehr zahlen, der andere weniger. Weil die Stadt davon keinen Vorteil haben soll, lautet für uns das Stichwort: Aufkommensneutralität.“ Um die Empfehlung umzusetzen, müsse auch in Erbach eine neue Hebesatzung erlassen werden, sagt Traub.

Deirdre Heckler (SPD/**Breuberg**) findet es ebenfalls richtig, die Hebesätze zu senken: „Die Empfehlung des Landes beruht auf Aufkommensneutralität; 850 Prozent im Jahr 2024 bedeutet 598 Prozent im Jahr 2025. Wir haben das gleiche Geld für 2025 zur Verfügung wie 2024.“ Einen Haushalt für 2025 habe Breuberg noch nicht aufgestellt, sagt sie, „aber wir werden alles in unserer Macht Stehende tun, um mit den vorhandenen Finanzen auszukommen“.

Kritisch schaut **Rainer Müller** (SPD/**Brensbach**) auf die Landesempfehlungen, denn die Kommunen stünden doch bereits mit dem Rücken an der Wand. „Ob wir die Hebesätze angleichen, ist also keine Frage des Wollens, sondern des Könnens.“ Müller sagt deshalb, dass Hessen seine Forderungsliste an die Gemeinden prüfen müsse. Feuerwehrhäuser und Kitas zu bauen, sei ohne eine bessere Finanzausstattung seitens des Landes kaum machbar. „Wir würden uns sicher gern an die Hebesatz-Empfehlungen halten, aber wenn die Zwänge so stark sind, dass wir keinen genehmigten Haushalt aufstellen können, ist das unfair“, sagt Müller.